

GPM-Wahlprüfsteine	CDU/CSU	FDP	SPD	Bündnis 90 /Die Grünen	Die Linke
<b>Wie beurteilen Sie die Idee, eine Projekt-Governance-Richtlinie auf Bundesebene zu etablieren, um klare Verantwortungsstrukturen und eine förderliche Projektkultur für öffentliche Großprojekte und Transformationsprogramme zu schaffen?</b>	"Deutschland muss schneller, krisenfester und digitaler werden. CDU und CSU werden bürokratische Innovationsbarrieren überwinden, hierzu eine agile und funktionale Administration aufstellen und in der Bundesregierung ein modernes Prozessmanagement etablieren. Wir wollen Silodenken vermeiden. Ob und inwieweit eine verbindliche Projekt-Governance-Richtlinie hierzu einen Mehrwert leistet, wollen wir prüfen."	"Eine solche Richtlinie halten wir für bedenkenwert. Die Fraktion der Freien Demokraten hat im Deutschen Bundestag beantragt, eines der kommenden Großprojekte ab der Planungsphase in wesentlichen Teilen auf einer oder mehrerer, interoperabler Blockchains abzubilden, um die Transparenz zu erhöhen und die Kooperation zwischen dem Bund und den am Projekt beteiligten Ländern zu verbessern (vgl. Staatliche Großprojekte auf einer Blockchain transparent machen)* BTS-Drs.-19/17539). Mittelfristig muss das Ziel sein, steuerfinanzierte Großprojekte für die Steuerzahler damit transparenter zu machen und an klaren Strukturen zu orientieren."	"Das Silodenken der politischen Ebenen und Ressorts wollen wir überwinden und innovativ Regierungsprojekte in Plattformen organisieren. Denken außerhalb alter Muster ist gefragt. Wir brauchen eine Digitalisierungs- und Modernisierungsoffensive für den öffentlichen Dienst und eine bessere Zusammenarbeit der Verwaltung. Zudem müssen die Projektmanagement-Kompetenzen in der Verwaltung in den maßgeblichen Bereichen unter anderem auch durch gezielte Fortbildungen gestärkt werden. In die Entwicklung, Umsetzung und Evaluation von Projekten wollen wir wissenschaftliche und wirtschaftliche Expertise, Verbände und die Zivilgesellschaft einbinden und das Parlament in seiner Kontrollfunktion stärken. Sollte mithilfe dieser Expertise festgestellt werden, dass eine einheitliche Projekt-Governance-Richtlinie auf Bundesebene neben bestehenden gesetzlichen Vorgaben, zu einer besseren Verantwortungsstruktur oder wirkungsvolleren Kommunikation etc. und damit zu effektiverem PM führt, setzen wir uns für deren Umsetzung ein."	"Wir GRÜNE halten den Ansatz für interessant, wenn die formulierten Richtlinien neben klaren Verantwortungsstrukturen auch innovationsfreundliche Arbeitsmethoden, wie z.B. Design Thinking und Canvas mit berücksichtigen, und damit neben seriellen Arbeitsweisen auch iterative Methoden mit einer offenen Fehlerkultur etablieren könnten."	"Eine Projekt-Governance-Richtlinie auf Bundesebene ist grundsätzlich eine gute Idee. Es kommt darauf, eine solche Richtlinie so zu konkretisieren, dass die Planungskapazitäten des Bundes inhaltlich besser, personell stärker und in der Umsetzung effizienter werden."
<b>Würde sich Ihre Partei dafür einsetzen, gezielte Schulungen für die Führungsebene in Politik und Verwaltung einzuführen und zu finanzieren, um diese auf ihre Rolle in Projekten (z.B. als Auftraggeber) angemessen vorbereiten zu können?</b>	"Bereits heute werden in der öffentlichen Verwaltung viele Fortbildungen zum Thema Projektmanagement angeboten und durchgeführt. Ob und inwiefern weitergehende Schulungsmaßnahmen erforderlich sind, wollen CDU und CSU prüfen."	"Wir Freie Demokraten wollen - nicht nur der Führungsebene in Politik und Verwaltung - das lebenslange Lernen durch ein „Midlife-BAFÖG“ von bis zu 1.000 Euro im Jahr ermöglichen. Darüber hinaus soll in einem persönlichen Freiraumkonto unabhängig vom Arbeitgeber das steuer- und abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungszeiten ermöglicht werden. Damit schaffen wir ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben, bei dem jeder/jede Einzelne entscheiden kann, welche Fort- und Weiterbildungsthemen im Mittelpunkt stehen sollen."	"Gezielte Fortbildungsmaßnahmen für das Personal in den zuständigen Verwaltungseinheiten auf allen Ebenen müssen sichergestellt und ausgebaut werden, um insbesondere auch größere und komplexe Projekte mit Budgetrelevanz effizient, effektiv und erfolgsorientiert vorbereiten und umsetzen zu können."	"Wir GRÜNE befürworten regelmäßige Schulungen für Mitarbeitende und Führungskräfte auf allen Ebenen im Sinne des lebensbegleitenden Lernens, der Qualitätssicherung und Kompetenzerweiterung. Über Anzahl, Umfang und Ausrichtung sowie Durchführung von Schulungen entscheiden die jeweiligen Verantwortlichen im Rahmen ihrer eigenen Personal- und Budgetverantwortung."	"Auf jeden Fall. Solche Schulungen wären sehr sinnvoll."
<b>Würde sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Verankerung von Programm- und Portfoliomanagement voranzutreiben, zum Beispiel durch entsprechende Erwähnung im Koalitionsvertrag?</b>	"CDU und CSU wollen klare und verbindliche Vereinbarungen für eine ebenenübergreifende Zusammenarbeit. Neben den notwendigen technischen Voraussetzungen müssen dazu auch neue organisatorische Vereinbarungen getroffen werden. Soweit sich Verantwortlichkeit nicht auf eine Institution begrenzen lässt, wollen wir Projektarbeit stärken und deren Ergebnisse verbindlicher absichern."	"Wir Freie Demokraten wollen durch eine umfassende Föderalismus- und Verwaltungsreform einen modernen und handlungsfähigen Staat schaffen. Die Coronakrise hat gezeigt, dass unklare Zuständigkeiten, eine erdrückende Bürokratie und digitale Defizite bei den Behörden schnelle und pragmatische Lösungen verhindern. Es geht nicht nur um die Digitalisierung von Prozessen, sondern vor allem um einen Mentalitätswandel. Hier kann die Verankerung eines Programm- und Portfoliomanagements hilfreich sein. Allerdings braucht es mehr, um das Megaprojekt der Verwaltungsmodernisierung zu bewältigen. Wir Freie Demokraten setzen vor allem auf eine agile Herangehensweise, die arbeitsfähige Ergebnisse vor starren Strategien priorisiert."	"Programm- und Portfoliomanagement dienen u.a. der Übersicht der Ressourcen einer Organisation für dessen Projekte und damit auch der richtigen Auswahl. Ebenso dienen sie der Steuerung und Kontrolle von Projekten. Modernes Regieren und ein moderner öffentlicher Dienst können von diesen Methoden profitieren. Dort wo diese (ggf. auch unter anderem Namen) noch nicht angewandt werden, unterstützen wir dies."	"Siehe Antwort auf Frage 5. Gespräche über einen möglichen Koalitionsvertrag werden von den Parteien je nach Ausgang der Bundestagswahl nach dem 26. September 2021 geführt. Über mögliche Inhalte eines Koalitionsvertrages kann zum jetzigen Zeitpunkt aus nachvollziehbaren Gründen keine Aussage getroffen werden."	"Wäre denkbar, aber wohl nicht unsere allerhöchste Priorität."
<b>Stimmt Ihre Partei der Notwendigkeit von breit angelegten PM-Qualifizierungen für Politik und Verwaltung zu?</b>	"Bereits heute werden in der öffentlichen Verwaltung viele Fortbildungen zum Thema Projektmanagement angeboten und durchgeführt. Ob und inwiefern weitergehende Schulungsmaßnahmen erforderlich sind, wollen CDU und CSU prüfen."	"In vielen öffentlichen Verwaltungen wird die Bedeutung eines fundierten Projektmanagements leider unterschätzt. Dadurch kommt es immer wieder zu ineffizienten Verfahren und suboptimalen Ergebnissen. Wir Freie Demokraten wollen einen unkomplizierten Staat, der den Bürgerinnen und Bürgern das Leben erleichtert. Wir wollen daher den Weg frei machen für eine bürgernahe und digitale Verwaltung. Dabei kann eine PM-Qualifizierung für Politik und Verwaltung einen Beitrag leisten."	"Wie bei Frage 5 beantwortet, müssen Fortbildungsmaßnahmen auch im Projektmanagement sichergestellt werden."	"Wir GRÜNE wollen Verwaltungsabläufe entbürokratisieren und Verfahren im Sinne eines effizienten und bürger*innennahen Staates beschleunigen. Umfassende Kompetenzen im Projektmanagement leisten einen wichtigen Beitrag für effektives und effizientes Arbeiten."	"Auf jeden Fall. Unzureichendes Verwaltungshandeln könnte wenigstens zum Teil durch PM-Qualifizierung eingedämmt werden."
<b>Würde sich Ihre Partei für eine stärkere Standardisierung des Projektmanagements einsetzen und dafür auf bestehende Kompetenzstandards, wie z.B. die ICB 4.0 zugreifen wollen?</b>	"Bereits heute werden in der öffentlichen Verwaltung viele Fortbildungen zum Thema Projektmanagement angeboten und durchgeführt. Ob und inwiefern weitergehende Schulungsmaßnahmen erforderlich sind, wollen CDU und CSU prüfen."	"Bereits heute existieren zahlreiche Normen und Standards, die einen Bezug zum Projektmanagement haben. Diese Vielfalt an damit einhergehenden spezifischen Vorgehensweisen kann die Implementierung und Anwendung eines Projektmanagements erschweren und die Akzeptanz in der Bevölkerung mindern. Eine stärkere Standardisierung ist zwar grundsätzlich zu begrüßen, allerdings obliegt es nicht der Politik hier Vorgaben zu machen. Vielmehr sollte diese übergreifenden Normen und Standards, wie bei anderen Normen auch, von den entsprechenden Normungsorganisationen und ihren Mitgliedern vorangetrieben werden."	"Bildungs-, Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sollten sich immer an den notwendig gewordenen Kompetenzen orientieren. Eine Standardisierung der Qualifikationen hilft hier, um ein einheitliches Kompetenzniveau sicherzustellen."	"Wir begrüßen grundsätzlich die Hinzuziehung internationaler Standards zur Weiterentwicklung bestehender nationaler Standards. Die konkrete Ausgestaltung sehen wir GRÜNE nicht als Aufgabe politischer Parteien an."	"Wäre denkbar. Standardisierungen müssen allerdings hinreichend flexibel sein, um den Besonderheiten des jeweiligen Handlungsfeldes gerecht zu werden. Verwaltungshandeln kann nicht und sollte auch nicht in simpler Analogie zu kommerziellem Projektmanagement organisiert werden."
<b>Wie bewerten Sie den Beitrag projektbasierter Lernens und Lehrens zur Qualität von Bildung?</b>	"Es ist die Aufgabe unserer Bildungseinrichtungen, Kinder und Jugendliche zu selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Persönlichkeiten heranzubilden. Dazu benötigen sie Fachwissen und Kompetenzen genauso wie Wertebewusstsein und Urteilskraft. Hinzu kommen Team- und Kollaborationsfähigkeit, Resilienz, Kreativität, Forscher- und Gründergeist sowie problemlösungsorientiertes und kritisches Denken. Hierzu kann projektorientierter Unterricht einen wertvollen Beitrag leisten."	"Wir Freien Demokraten sehen in individuellen und projektbasierten Lernformen die Möglichkeit unser Bildungssystem zukunftsfest aufzustellen. Pädagoginnen und Pädagogen müssen für experimentelles und forschendes Lernen in allen Altersstufen ausgebildet werden. Die Rahmenbedingungen für Veränderungen der Lernformen wollen wir mit stärkerer Autonomie der Schulen schaffen. Wir wollen den einzelnen Schulen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Freiheiten geben, um Unterricht in fächerübergreifenden Projekten besser möglich zu machen. Die Aspekte des projektbasierten Unterrichts, Teamteachings und der Lernpsychologie sowie von Künstlicher Intelligenz und Digitalisierung sollte auch in den Schulen und der Lehrkräfte Aus- und Weiterbildung berücksichtigt werden."	"Wir bewerten den Beitrag projektbasierter Lernens und Lehrens zur Qualität von Bildung als sehr wichtig. Deshalb wollen wir auch Räume für fächerübergreifenden Kompetenzerwerb und das Denken in Zusammenhängen öffnen."	"Wir GRÜNE unterstützen projektbasiertes Lernen und Lehren im Sinne eines ganzheitlichen Bildungsansatzes und stehen für eine zukunftsgerichtete Lernkultur, die nicht in enger Linie auf Wissensvermittlung, sondern stärker auf Kompetenzerwerb ausgerichtet ist. Schüler*innen müssen die Möglichkeit haben, die Kompetenzen, Haltungen und Werte zu erwerben, die sie für ein selbstbestimmtes und verantwortliches Leben in einer zunehmend komplexen Welt brauchen. So können sie Verantwortung in einer demokratischen Gesellschaft übernehmen, die den digitalen Wandel gestaltet und die globalen Herausforderungen meistert. Damit Kitas und Schulen diese Aufgaben erfolgreich bearbeiten können, wollen wir gemeinsam mit Ländern und Kommunen für gute Rahmenbedingungen sorgen. Dafür wollen wir den Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung im Grundschulalter ausbauen. Schulen in benachteiligten Regionen gezielt unterstützen, Bildung für Nachhaltige Entwicklung fördern und die Digitalisierung im Klassenzimmer vorantreiben."	"Projektbasiertes Lernen ist eine handlungsorientierte Lernform, die sich inhaltlich an den Interessen der Lernenden orientiert und ihnen eine soziale Lernumgebung anbietet. Schüler:innen werden so aktiv in das Lernen eingebunden, sie üben selbstständiges Lernen und das Lösen von Problemen. Wir halten das projektbasierte Lernen daher für richtig und wichtig. Wir meinen, dass die kollaborative und soziale Ausprägung der Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse beim projektbasierten Lernen eine äußerst demokratische Form des Lehrens und Lernens darstellt. Bildungsprozesse sollen schließlich demokratische Mitwirkung und Mitentscheidung ermöglichen."
<b>Wie bewerten Sie das Potenzial stärkerer Projektorientierung/ didaktik &amp; des Erwerbs von Projektkompetenz in Schule und Ausbildung für die Bewältigung der Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels &amp; Befähigung zur Gestaltung von Zukunft, Gesellschaft &amp; (bspw. digitaler) Innovation?</b>	"Die Zuständigkeit für Bildung und damit für die Erstellung der Lehrpläne, die den Projektunterricht verbindlich festlegen, liegt in der alleinigen Zuständigkeit der Länder."	"Die Kompetenz, in Projekten tätig zu sein und dabei vernetzt und auch Disziplinen übergreifend zu denken, wird in der Arbeitswelt der Zukunft und auch für die Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen von besonderer Bedeutung sein. Die Vermittlung von Projektkompetenz in den Schulen kann dabei sinnvoll sein und junge Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben und Arbeiten vorbereiten. Die Lehrerinnen und Lehrkräfte in den Schulen vor Ort sollten entscheiden können, wie und in welcher Form sie Schülerinnen und Schülern didaktisch zu Projektaktivitäten unterrichten können. Wir Freie Demokraten wollen daher die Autonomie der Schulen insgesamt stärken und den Schulen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Freiheiten geben. Jede Schule soll ein eigenes Budget erhalten, über dessen Verwendung sie autonom entscheidet. Im Rahmen der Schulautonomie kann der Unterricht zum Beispiel in einem modularen System organisiert und so individuell auf die einzelne Schülerin oder den einzelnen Schüler zugeschnitten werden. Zugleich erhalten die Schülerinnen und Schüler dadurch eine größere Wahlfreiheit und die Schule kann den unterschiedlichen Leistungsniveaus der Schülerinnen und Schüler individueller gerecht werden. Ebenso soll dadurch ein Unterricht in fächerübergreifenden Projekten besser möglich gemacht werden. Wir werben für Schulfreiheitsgesetze in den Ländern, um den Schulen mehr Möglichkeiten zur Profilentwicklung zu geben. Einheitliche Bildungsstandards geben das Ziel vor, sich am Niveau der besten Bildungseinrichtungen der Welt zu orientieren. Um die Standards erreichen zu können, müssen Schulen durch exzellente Fortbildungen bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung unterstützt werden. Die PISA-Studie zeigt, dass Kinder an Schulen mit größerer Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit deutlich bessere Leistungen erzielen."	"Gerade für die Herausforderungen der Zukunft ist projekt- und fächerübergreifendes Denken entscheidend. Die vernetzte Welt macht es unabdingbar, diese Kompetenzen schon von Kindesbeinen auf zu stärken."	"Wir GRÜNE unterstützen projektbasiertes Lernen und Lehren im Sinne eines ganzheitlichen Bildungsansatzes und sehen in innovativen projektorientierten Lernansätzen ein großes Potenzial, um junge Menschen bestmöglich auf die Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen vorzubereiten. Die Ausgestaltung der Lehrpläne und die konkrete Unterrichtsgestaltung obliegen allerdings den Ländern im Rahmen ihrer Kultushoheit bzw. den Lehrkräften im Rahmen ihrer pädagogischen Freiheit."	"Wir schätzen das Potenzial stärkerer Projektorientierung in Schule und Ausbildung für die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen als sehr hoch ein und befürworten einen verstärkten Einsatz. Das projektbasierte Lernen bietet den Lernenden die Möglichkeit, Verantwortung für die Organisation und den Ablauf eines Projekts zu übernehmen und zu einer selbstbestimmten Problemlösung zu gelangen. Ausgeprägte Problemlöse- sowie Projektkompetenzen werden für die Bewältigung künftiger Herausforderungen unerlässlich sein."
<b>Welche Rahmenbedingungen halten Sie in den genannten Zusammenhängen für förderlich und welche Maßnahmen auf Bundesebene für gestaltbar?</b>	"CDU und CSU wollen die Ausbildung der Lehrkräfte und pädagogische Konzepte weiterentwickeln. Unser Ziel ist es, bundesweite Bildungskompetenzzentren aufzubauen. Dazu wollen wir lehrerbildende Hochschulen, Forschungsinstitute und Lehrerfortbildungseinrichtungen in den Ländern vernetzen, um die Erkenntnisse der Bildungsforschung direkt für die Lehrerbildung praktisch nutzbar zu machen. Die erfolgreich etablierte Qualitätsinitiative Lehrerbildung soll ebenfalls weiterentwickelt werden. Darüber hinaus müssen die Schülerinnen und Schüler das lebensbegleitende Lernen, insbesondere die Fort- und Weiterbildung, als permanente, eigenverantwortlich wahrzunehmende Aufgabe begreifen. Dazu gehört eine Lernumgebung, die ihre Kompetenzen fördert. Ein zentrales Medium zur Erschließung digitaler Lehr- und Lernangebote ist die neue digitale Bildungsplattform. Sie ist Kernstück eines neuen digitalen Bildungsraums für Deutschland und trägt zur Modernisierung der Bildung insgesamt bei."	"Wir Freie Demokraten wollen die Autonomie der Schulen insgesamt stärken und den Schulen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Freiheiten geben. Wir fordern die Öffnung der Schulen für neue Berufsfelder, Schulleitungen, Lehrkräfte, Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter sowie Hausmeisterinnen und Hausmeister können die Transformation der Schule nicht allein bewältigen. Zur neu gewonnenen Möglichkeit, auch Administratorinnen und Administratoren über den Digitalpakt Schule finanzieren zu können, muss es Spielraum für weitere Personalkategorien, beispielsweise im Qualitätsmanagement, geben. Damit schaffen wir moderne Schulen." Zudem brauchen wir einen Digitalpakt 2.0, der die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten der Kooperation von Bund und Ländern im Bildungsbereich vollständig nutzt. Zusätzlich zur Technik muss auch in IT-Administratorinnen und IT-Administratoren, Dienstgeräte für Lehrkräfte, digitales Lernmaterial sowie Fortbildungen investiert werden. Die Coronakrise hat gezeigt, dass die finanziellen Mittel für WLAN und Hardware allein nicht ausreichend sind, um im Notfall digitalen Unterricht von zu Hause aus zu ermöglichen. Die Digitalisierung von allgemeinbildenden, beruflichen und sonderpädagogischen Schulen muss ganzheitlich gedacht werden – von der Ausstattung bis zur Nutzung. Die Schule muss digital gestütztes Lernen in Präsenz genauso anbieten wie Lernen auf Distanz."	"Da wir das fächerübergreifende und projektbasierte Lernen und Lehren so schätzen, setzen wir uns von Bundeseite für den Ausbau von Ganztagschulen ein. Diese geben nämlich mehr Zeit und Raum für gemeinsames Lernen. Gerade die Projektarbeit kann hier viel Platz einnehmen. Unsere konkrete Idee darüber hinaus: ein fächerübergreifender Lerntag pro Woche in der Schule. Er ermöglicht es, projektorientiertes Lernen in der Praxis durchzuführen und sich mit zeitgenössischen Fragestellungen in ihrer Komplexität zu beschäftigen. Darüber wollen wir eine Debatte führen."	"Um die Qualität in der Bildung dauerhaft zu verbessern, setzen wir GRÜNE uns unter anderem für eine stärkere Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildung ein und wollen die Kooperationsmöglichkeiten verfassungsrechtlich absichern. Im Übrigen wird auf die Antwort auf Frage 1 verwiesen."	"Schule und projektbasiertes Lernen brauchen Menschen und Räume, die Neugier wecken, Platz für Mitgestaltung und fürs Ausprobieren bieten. Es braucht mehr fach- und jahrgangübergreifende Angebote an den Schulen. Zudem könnten Möglichkeiten des selbstbestimmten Lernens und des gemeinschaftlichen Lernens in heterogenen Lerngruppen stärker genutzt werden. Alle Schulen sollten sich zum sozialen Umfeld hin öffnen und mit Verbänden, Vereinen, Unternehmen, demokratischen Strukturen im Territorium und darüber hinaus zusammenarbeiten. Außerunterrichtliche und außerschulische Bildungsangebote, die jede und jeder individuell nutzen kann, tragen zu Vielfalt der Bildungslandschaften bei. Auf Bundesebene wollen wir ein Bildungsrahmengesetz für alle Bildungsbereiche implementieren, damit gleiche Rechtsansprüche, soziale und personelle Rahmenbedingungen in allen Ländern gesichert werden können. Zudem muss die Mangelwirtschaft in der Bildung beendet werden. Wir wollen, dass Bund, Länder und Kommunen in der Bildung zusammenarbeiten können. Wir wollen das Kooperationsverbot komplett aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern."